

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

19.5.1922 (No. 116)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortliche Hauptredakteur: G. A. M. u. b. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, welche in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1.— M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwanzeigiger Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Nachschub, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Auslandsforderungen.

\*\* In der Presse ist wiederholt die Aufforderung veröffentlicht worden, die aus der Vorkriegszeit herrührenden vor dem Kriege oder während des Krieges fällig gewordenen Forderungen von in Deutschland anässigen Deutschen

- gegen in Groß-Britannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, Ägyptens und Australiens, anässige Franzosen.
- gegen in Groß-Britannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, Ägyptens, Australiens und Neufundlands, anässige Belgier.
- gegen in Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringens sowie in den französischen Kolonien und Protektoraten anässige britische und griechische Staatsangehörige.
- gegen in Belgien und im Kongo anässige britische Staatsangehörige.
- gegen in Griechenland anässige Franzosen beim Reichsausgleichsamts anzumelden.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 28. März 1922 kann nunmehr die Regelung dieser Forderungen ausschließlich im Ausgleichsverfahren erfolgen. Da die für die Anmeldung festgesetzte Frist bereits am 31. Mai 1922 abläuft und mit einer Verlängerung nicht zu rechnen ist, werden die in Betracht kommenden deutschen Gläubiger dringend aufgefordert, ihre Forderungen, soweit noch nicht geschehen, umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts auf den üblichen dort erhältlichen Vordrucken anzumelden.

### Der Kampf um die Ernährung.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Zurzeit bemühen sich die Führer landwirtschaftlicher Verbände in zahlreichen Versammlungen, den Landwirten verständlich zu machen, daß eine Getreideumlage für das neue Wirtschaftsjahr unannehmbar sei. Dabei wird nicht bestritten, daß es als eine absolute Notwendigkeit angesehen werden muß, aus der Inlandsernte eine Brotgetreidereserve von etwa 50-60 Prozent des Bedarfs anzulegen. Nur die Umlage darf nicht wiederkommen; wenn sie kommt, dann werde sie, wie der Landtagsabgeordnete Hertke in den Versammlungen immer wieder sagt, einfach sabotiert. Gegen den Einsatz von Polizei zur Getreideablieferung werde man sich zu schützen wissen. Diese Aufforderung zum gewalttätigen Widerstand ist umsomehr bedauerlich, als ein anderer gangbarer Vorschlag auf Einführung einer Getreidereserve noch nicht gemacht ist. Würde ein solcher Vorschlag kommen und für dessen Ausführung die entsprechende organisationsmäßige Garantie geschaffen, dann hätten wohl Reichsregierung und Reichstag gar keine Veranlassung, eine neue Getreideumlage auszusprechen.

Deutschland hat den Krieg verloren, hat eine völlig zerstörte Volkswirtschaft. Jahre werden noch vergehen, ehe der Organismus der Produktion und des Verkehrs wieder mit jenem des Bedarfs derart aufeinander eingestellt ist, daß Spekulation und Wucher einen Nährboden nicht mehr finden. Wenn es ein Trost wäre, dann ließe sich sagen, daß in den Siegerstaaten diese Art von Geld gleich groß ist:

In den Tagen vom 21. bis zum 23. April fand in Nancy der 4. „Congrès de l'Agriculture Française“ statt. Die Veranstaltung ist als eine Ergänzung der „Semaine Nationale du Vin“ zu betrachten und befaßte sich mit den Tagesfragen der französischen Landwirtschaft im engeren Sinne. Hunderte von Delegierten waren aus sämtlichen Departements Frankreichs erschienen und vertraten die Interessen der 20 Millionen französischen Landwirte. In Abwesenheit des früheren Landwirtschaftsministers Ricard, Präsidenten der „Fédération Nationale des Associations Agricoles“, der als Sachverständiger in Genue weilte, erörterte der Vizepräsident der Fédération Nationale, der Senator Michel, bei der Eröffnung des Kongresses in ausführlicher Weise die Schwierigkeiten der französischen Landwirtschaft. Nach Michel sind die diesjährigen Ernteausichten ausgesprochen schlecht. Die große Trockenheit im vergangenen Herbst, anhaltende Fröste im Winter in weiten Gegenden Frankreichs und schließlich die nasse Witterung in diesem Frühjahr haben bewirkt, daß das Wachstum der Saaten derartig zurückgeblieben ist, daß nach sachverständiger Schätzung für dieses Jahr beim Brotgetreide mit einem Mindereinsatz von 10 bis 20 Millionen Doppelzentnern zu rechnen ist, was eine Einfuhr im Werte von 1 bis 1 1/2 Milliarden Franken erforderlich machen würde. Michel sprach dann über die Teuerung und nahm die Landwirte gegen den

Wortwurf in Schutz, daß sie an den augenblicklichen Verhältnissen die Schuld trügen. Er wies darauf hin, daß die dem Produzenten gezahlten Preise dauernd zurückgehen, ohne daß aber diese Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt irgendwelche Nachwirkungen auslöst. Die Hauptschuld an der anhaltenden Teuerung maß er dem Zwischenhandel bei und erwähnte die interessante Tatsache, daß heute zahlreiche wichtige Lebensmittel gewöhnlich erst durch 6 bis 7 Hände gehen, ehe sie den Verbraucher erreichen. Er bezeichnete es als unumgänglich notwendig, auf genossenschaftlicher Grundlage Verkaufsorganisationen unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu gründen. Ferner beklagte er sich über die zahlreichen Plakereien, denen die Landwirte von seiten der französischen Gerichte ausgesetzt seien, die den Bauer, der seine Milch für 80 Cts. verkaufe, unbarbarisch zur Verantwortung zögen, während der Käse in der Stadt für 80 Fr. je Kg. verkauft werde, ohne daß irgend eine Behörde daran Anstoß nehme. Auf die Arbeiterfrage übergehend machte er die bemerkenswerte Mitteilung, daß die französische Landwirtschaft mehr und mehr den Anbau von Getreide und Gemüse aufgabe und sich unter Verwertung ihrer Äcker als Wiesen- und Weideland der Viehzucht zuwenden, weil damit eine Ersparnis von Arbeitskräften verbunden sei; in einigen Jahren werde, wenn man dieser Entwicklung nicht Einhalt gebiete, Frankreichs Überschuß an Fleisch, jedoch Mangel an Brot haben.

Die französische Landwirtschaft wehrt sich also auch wie die deutsche gegen den Wortwurf, für die Not und die Teuerung verantwortlich gemacht zu werden. In Frankreich aber erhebt sich wie in Deutschland gegen die steigende Not in den Städten schwerer Widerwill:

Der bekannte Pariser Abgeordnete Soulier hat dem Landwirtschaftsminister Gervon angekündigt, daß er ihn in einer der nächsten Kammerdebatten über die Ergebnisse seiner Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung interpellieren werde. Es hat in der Tat den Anschein, als ob diese Verbilligungsmaßnahme, die als einer der wesentlichen Programmpunkte des Kabinetts Poincaré unter einem großen Aufwand von Propagandamitteln alsbald nach dem Amtsantritt des heutigen Ministeriums in Angriff genommen worden war, inzwischen kläglich gescheitert ist. Tatsächlich haben sich die Preise der Lebensmittel, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die aber nach Lage der Sache, wie beispielsweise bei Eisen, keineswegs mit den behördlichen Maßnahmen in Verbindung gebracht werden können, nicht nur nicht gesenkt, sondern haben im Gegenteil in der letzten Woche eine Erhöhung erfahren, die besonders bei Fleisch zu einer ständig wachsenden Beunruhigung der Bevölkerung geführt hat. Die periodisch alle 10 Tage erfolgenden Veröffentlichungen einer Gegenüberstellung der Erzeuger- und Konsumentenpreise bleiben ohne bemerkbaren Eindruck, sie können der Bevölkerung um so weniger greifbare Anhaltspunkte bieten, als sie, erst nach Ablauf mehrerer Wochen zur Kenntnis des Verbrauchers gelangen. Demgegenüber hat die Außenhandelspolitik der Regierung, die die Einfuhr von Schlachtvieh nach Möglichkeit, wenn auch unter Verschöpfung sanitärer Gesichtspunkte, unterbindet, auf der anderen Seite aber nach Drängen der Landwirtschaft die Einfuhr begünstigt, zu einer Knappheit auf dem Schlachtviehmarkt geführt, die notwendigerweise ein Emporschnellen der Preise zur Folge haben mußte. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Butter und Käse, wo die kürzlich in Kraft getretenen Zollserhöhungen infolge des Ausbleibens ausreichender Auslandszufuhren ein erneutes Anziehen der Preise, die sich bei Eintritt der warmen Witterung bereits bedeutend gesenkt hatten, herbeigeführt haben. Schließlich kündigt sich in den letzten Tagen eine neue Erhöhung der Brotpreise an, die die Regierung im Verlaufe langwieriger Verhandlungen mit den Interessenten im vergangenen Monat um wenige Sous heruntergedrückt hatte.

Man sollte erwarten können, daß auch in der deutschen Landwirtschaft es noch Männer gibt, die einem billigen Ausgleich der Interessen zwischen Stadt und Land das Wort reden. Kägen die Dinge so einfach, wie mancher Volkstribun seiner staunenden Mitwelt zu verflünden weiß, dann hätte man recht mit dem Kampfesruf: Jeder helfe sich, wie er kann! Solange aber alle schaffenden Stände des Volkes auf Gedeih und Verderb mit einander verflochten sind, kann sich keiner derselben den Luxus der Eigenbedeile erlauben. Macht er den Versuch hierzu, dann geht es hart auf hart, und letzten Endes wird die Staatsautorität zu beweisen haben, ob der vom Volk durch den Reichstag ausgehende Wille durch Widerstandsaktionen sabotiert werden darf.

### Die neuen Teuerungsbezüge der Beamten.

Die schon gestern erwähnte Vorlage der badischen Regierung, über welche heute vormittag im Haushaltsausschuß beraten wurde, besagt im Wesentlichen und in der Begründung folgendes:

Der Artikel 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 7. April 1922 über die dritte Änderung des Besoldungsgesetzes und über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923, Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 385, erhält die folgende Fassung:

Der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten gemäß § 16 des Besoldungsgesetzes beträgt:

- a. vom 1. bis 30. April 1922 zu dem Grundgehalt, der Grundvergütung und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 60 vom Hundert, im übrigen 80 vom Hundert, zu den Kinderzuschlägen 80 vom Hundert;
- b. vom 1. Mai 1922 an zu dem Grundgehalt, der Grundvergütung und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 120 vom Hundert, im übrigen 65 vom Hundert, zu den Kinderzuschlägen 65 vom Hundert.

Begründung: Die Dienstbezüge der Beamten sind erst vor wenigen Wochen vom 1. April 1922 an namhaft erhöht worden; vergl. das Gesetz vom 7. April 1922. Seitdem ist die Teuerung aller Lebensbedürfnisse weiterhin so gewaltig angewachsen, daß eine neuerliche erhebliche Erhöhung der Beamtenbezüge unabwendbar notwendig geworden ist. Nach dem Vorgehen des Reichs soll diese Erhöhung mit Wirkung vom 1. Mai 1922 in Kraft treten. Das Besoldungsgesetz soll diesmal nicht geändert werden; der Gesetzentwurf sieht nur eine Erhöhung des bezüglichen Gehaltsanteils, des Teuerungszuschlags, vor. In Anpassung an die Regelung des Reichs soll der Teuerungszuschlag zu den ersten 10 000 M. des Grundgehalts (der Grundvergütung) und des Ortszuschlags von 60 vom Hundert auf 120 vom Hundert, der Teuerungszuschlag für den Rest dieser Besoldungsbestandteile und für die Kinderzuschläge von 80 vom Hundert auf 65 vom Hundert erhöht werden. Der Kinderzuschlag würde hiernach mit Einschluß des Teuerungszuschlags künftig für Kinder bis zu 6 Jahren 3960 M. (bisher 3120 M.), für Kinder von 6 bis zu 14 Jahren 4960 M. (bisher 3900 M.), für Kinder von mehr als 14 Jahren 5940 M. (bisher 4780 M.) im Jahr betragen.

Die badische Regierung hat unter Festhaltung an ihrer bisherigen Stellungnahme im Interesse der verheirateten Beamten und der Beamten mit Kindern bei den Beratungen im Reichsrat beantragt, den verhältnismäßig gleichen Teuerungszuschlag nur auf 60 vom Hundert zu erhöhen und dafür den geschätzlichen Kinderzuschlag um je 50 M. monatlich und den Frauenschlag auf 5000 M. jährlich zu erhöhen. Diesem Antrag ist aber im Reichsrat nicht stattgegeben worden, weil man eine weitere Abmilderung in den Bezügen der unteren und oberen Gruppen vermeiden wollte. Der Antrag auf Erhöhung der Kinderzuschläge wurde auch deshalb abgelehnt, weil er im Rahmen der Vorlage, die sich nur mit einer Ergänzung des Haushaltsgesetzes, nicht aber auch mit einer Änderung des Besoldungsgesetzes befassen sollte, nicht hätte verwirklicht werden können. Die badische Regierung hält diese Ablehnung in Anbetracht der Notlage, die heute gerade bei den Familien mit Kindern herrscht, für außerordentlich bedauerlich; mit Rücksicht auf das Besoldungsgesetz glaubt sie sich aber mit der gegebenen Sachlage zunächst abfinden zu sollen und beantragt deshalb, die vom Reich mit Wirkung vom 1. Mai 1922 beschlossene Regelung auch den badischen Beamten zu bewilligen.

Die Kosten dieser Erhöhung der Beamtenbezüge betragen für die Beamten, Angestellten, Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen der badischen Staatsverwaltung im Jahr rund 351 Millionen und für die Zeit vom 1. Mai 1922 bis 31. März 1923 rund 321 Millionen Mark. Bis zur Durchführung der auf der Würzburger Ministerkonferenz in Aussicht genommenen neuen Grundsätze für den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern muß das Reich den Ländern für diesen Mehraufwand die erforderlichen Mittel voranschüssig unter Anrechnung auf die zu erwartenden Mehrlieferungen aus Abversteuerungssteuern zur Verfügung stellen.

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der 52. Offenburger Pferde-Geldlotterie.

## Politische Neuigkeiten. Die Konferenz von Genua.

Die Einigungsstimmung.  
Über die Sitzung der Unterkommission vom Mittwoch, in der die bereits gemeldete Einigung zustandekam, meldet das W.T.W. noch ausführlicher: In der heutigen Abendstimmung hat die russische Delegation nach längerer Diskussion die Vorschläge der Konferenz für die Sachverständigenzusammenkunft im Haag mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Diese Einigung ist einer geschickten Versöhnungsrede des schweizerischen Bundesrats Motta zu verdanken, der die reaktionellen Abänderungsanträge der Russen gegenüber der ursprünglichen Fassung der Beschlüsse der Alliierten als im Grunde so bedeutungslos darstellte, daß sie die Russen zurückzogen. Über den Konferenzort sagte Bundesrat Motta, es sei ihm gleich, wo die Sachverständigen zusammen kämen, aber nachdem man bereits Haag genannt habe, und Holland sicher mit der Aufnahme einverstanden sei, erscheine eine Änderung nicht angebracht. Rußland sollte daher nicht unbedingt auf einem Wechsel bestehen. Die Waffenruhe sollte in Verbindung mit den Arbeiten der Konferenz auf mindestens ein Jahr befristet werden.

Schanzer erklärte sich mit den Vorschlägen Mottas einverstanden und schlug nur eine befristete Waffenruhe vor. Tschitscherin nahm dann auch Haag als Zusammenkunftsort der Sachverständigen an, nachdem der zu diesem Zwecke in die Sitzung gefommene holländische Delegierte im Namen seiner Regierung dem Präsidenten die ausdrückliche Versicherung abgegeben hatte, daß die Russen im Haag alle Sicherungen und Vorrechte genießen, welche den anderen Delegationen gewährt werden. Tschitscherin verlangte noch, daß die Vertreter Polens und Rumäniens ausdrücklich erklären, daß sie keine Verbände in ihren Staaten dulden werden, was beide Delegierte zusicherten.

Es folgte noch eine längere Diskussion über die befristete Waffenruhe. Als ihr Ergebnis wurde der Vorschlag Lloyd Georges einstimmig angenommen, daß diese Waffenruhe mindestens 4 Monate nach Abschluß der Arbeiten der Experten fortauern müsse. Nach einigen Einwendungen Japans wurde der russische Vorschlag angenommen, daß sich die Waffenruhe auf alle mit Rußland verbündeten Republiken erstrecken müsse.

Die letzte Sitzung der Konferenz.  
Aus Genua meldet die „B. Fr.“ unterm Datum des 18. dieses Monats: Morgen vormittag 9 Uhr ist die öffentliche Schlussitzung der Konferenz. Wahrscheinlich werden Lloyd George und Picta sprechen. Von der deutschen Kommission waren bisher bestimmte Angaben nicht zu erhalten, ob auch Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der morgigen Sitzung das Wort ergreifen wird.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Genehmigung des Protokolls der zweiten Plenarsitzung der Konferenz; 2. Einbringung der Beratungen der dritten Kommission (Wirtschaftsfragen); 3. Einbringung der Beratungen der ersten Kommission; 4. Einbringung des Berichts der Kommission zur Prüfung der Vollmachten; 5. Einbringung eines Entwurfes zwecks Beratung bezüglich der Sanitätskonferenz von Warschau; 6. Einbringung eines Entwurfes zwecks Beratung bezüglich gewisser Vorschläge, betreffend die Arbeit des Roten Kreuzes in Friedenszeiten; 7. Schlussreden.

Wirth und Rathenau bei Lloyd George.  
Reichsfinanzminister Dr. Wirth und Dr. Rathenau hatten gestern Abend in der Villa Alberti eine längere Unterredung mit Lloyd George über die allgemeine Lage, die Ergebnisse der Konferenz und über die Beziehungen zu Rußland.

### Der Reichstag

nahm gestern den Entwurf über den Schutz des Urheberrechtes von Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in allen drei Lesungen an und setzte sodann die Einzelberatung des Staatshaushalts des Arbeitsministeriums fort und genehmigte den Etat bis zum Titel „Tarifwesen“. Heute Weiterberatung.

### Reichsfinanzminister Hermes in Paris.

Wie die Agence Havas meldet, haben die französischen Delegierten der Reparationskommission Dubois und Maunclair heute nachmittag Poincaré über die offiziellen Besprechungen Bericht erstattet, die in den letzten Tagen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Vertretern der alliierten Regierungen stattfanden. Der erste Abschnitt der einleitenden Verhandlungen über die deutsche Antwort auf die Note vom 13. April ist beendet. Dr. Hermes hat den Delegierten der Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die Gegenstand eingehender Prüfung bilden. Diese Vorschläge betreffen sich insbesondere mit den beiden Punkten der Kontrolle der deutschen Finanzen und des Problems der neuen Steuern. In offiziellen Kreisen bewahrt man Stillschweigen über die Einzelheiten des deutschen Entwurfes. Der Entwurf wird erst in einigen Tagen bekannt gegeben werden. Man hofft, daß die von den Delegierten dieser Kommission gewünschten Abänderungen im deutschen Entwurf erfolgen und daß man dann zu einer zufriedenstellenden Lösung kommt.

### „Plain Words to France“.

Diese Überschrift liest man, so berichtet die „Frankf. Ztg.“ aus London, seit ein paar Tagen in vielen Lettern auf den Masten, mit denen „John Bull“ seine neueste Nummer anpreist. Diese Nummer ist in der Tat lesenswert! Das Wochenblatt „John Bull“ ist in Deutschland wohl nicht sehr bekannt. In England wird es aber — so war es noch zu Beginn des Jahres — in zwei Millionen Exemplaren allwöchentlich gedruckt. Bis vor kurzem war Coratia Bottomley W. P. der Chefredakteur. Dieser Mann ist im Augenblick von der Bühne verschwunden: seit Monaten ist der Staatsanwalt damit beschäftigt, ihm unerbittliche Betrügereien nachzuweisen, Unterschlagungen von Millionenbeträgen, die die zahllosen Gläubigen diesem traurigen Propheten zum Anlaß von Kriegen und Siegesanleihen zur Verfügung gestellt hatten. Doch soll man nicht in schwebende Straßverfahren eingreifen. Vorläufig besteht die Aufgabe, daß die Odhams Press, der Verlag, in dem „John Bull“ erscheint, Herrn Bottomley entfernt hat. Und der Erfolg: plain words to France offene Worte an Frankreich — aus der Feder des trefflichen A. G. Gardiner, jenes Mannes, der in der „Daily News“ der Menschheit und besonders England und Frankreich so deutlich die Meinung sagte, daß er von dem etwas scheuen Eigentümer entlassen wurde. Für „John Bull“ ist das Auftreten Gardiners eine höchst überraschende Wendung, denn unter der Feder Bottomleys gehörte dieses Blatt zu den heißesten Verfechtern der Theorie: „Gangt den Kaiser!“ Der Artikel Gardiners natürlich ist das genaue Gegenteil, man könnte fast sagen: „Gangt Poincaré!“ Aus folgendem Grund. Gardiner fröhlich auf einen höchst beachtenswerten Aufsatz Pierrepont R. Hayes, des amerikanischen Kommissars in der Rheinland-Kommission vom April 1919 bis Juni 1920, der kürzlich in der „New York World“ einige Wahrheiten über das Regime Poincaré veröffentlicht hat. Gardiner zitiert und schreibt:

Herr Poincaré ist nicht nur ein sehr gereizter und sehr gefährlicher Bismarck-gleicher Politiker; er ist zugleich ein Jurist, der 20 Jahre lang Rechtsvertreter der mächtigsten finanziellen und industriellen Gruppen in Frankreich war, einschließlich des Eisenkonzerns, der von Schneider (Grußat Waffentwerte) beherrscht wird, des Kohlenkonzerns, der demischen Ring- und der Schneider-Bank. Diese starken finanziellen Interessen kontrollieren einen großen Teil der Pariser Presse, die, wie jeder Journalist weiß, eine ganz besondere Art hat, Geld zu verdienen. Diese Interessen sind es, sagt Herr Hayes, die Herrn Poincaré im Jahre 1913 zur Präsidentschaft gebracht haben, und sie sind es, die seitdem immer hinter ihm standen. Warum taten sie das? Weil die besonderen Bedingungen ihrer Industrie es nützlich machen, daß sie die Kohlenfelder des Ruhrgebiets kontrollieren, des letzten Kohlengebiets, das Deutschland als Ganzes vertrieben ist. Wenn das Ruhrgebiet, das größte der drei Kohlengebiete, annektiert werden könnte, so würden die großen Finanzinteressen, welche Poincaré seit 20 Jahren vertritt, die Wirtschaft Europas in den Händen haben.“

### Polnisch-französische Abmachungen.

Nach der dieser Tage durch den Polenheim erfolgten Ratifikation des politischen Vertrags und mehrerer wirtschaftlicher Abkommen mit Frankreich bestehen nunmehr folgende französisch-polnische Verträge:

1. Ein geheimes Militärabkommen, auf Grund dessen Polen verpflichtet worden war, die zweijährige Dienstzeit bei sich einzuführen, was inzwischen geschehen ist.
2. Ein politischer Vertrag, der folgendes feststellt:
  - a) Verständigung und gemeinsames Vorgehen in allen Fragen der Außenpolitik, die die Ordnung internationaler Beziehungen treffen, im Sinne geschlossener Verträge und des Völkerbundesvertrages bei gemeinsamer Verteidigung der Territorien und berechtigter Interessen beider Teile;
  - b) Gegenseitiger Meinungsaustausch vor Abschluß der Verträge betreffend die Politik in Mittel- und Osteuropa;
  - c) Der politische Vertrag soll erst nach Unterzeichnung der Handelsverträge in Kraft treten.
3. Die Handelsverträge. Diese bestehen ihrerseits aus drei Einzelabkommen.

### Die politischen Parteien Triers gegen den Hochverrat der Sonderbündler.

Grz. Eine außerordentlich bemerkenswerte im ganzen Reich und darüber hinaus hochwertige Kundgebung gegen die rheinischen Sonderbündler veranstalteten die politischen Parteien von Trier. In der Versammlung, die in den Sälen des katholischen Bürgervereins stattfand, hatten sich die Trierer in großer Zahl eingefunden, daß die Säle schon lange vor der festgesetzten Stunde überfüllt waren und infolgedessen eine Parallelversammlung im Garten abgehalten werden mußte. Für das Zentrum sprach Reichstagsabgeordneter Prälat Kaas, für die Deutsche Volkspartei Stadtdirektor Hombach, für die sozialdemokratische Partei Sekretär Weich und für die Demokraten Professor Krüger, der auch den Vorsitz führte. Unter stürmischem Beifall wurde folgende Entschließung angenommen:

Wir treten den wiederholt und zuletzt am 27. April d. J. von den rheinischen Parteien in Königswinter gefaßten Entschlüsse bei. Wir betonen aufs neue unsere unerschütterliche Treue für das Reich. Unbeschadet des Artikels 18 der Reichsverfassung lehnen wir in diesen Zeiten der vaterländischen Not jede Lockerung des preussischen Staatsverbandes ab. Wir weisen jede Gemeinschaft mit den Bestrebungen eines Sanktions Sonderbündlern als hochverräterisch zurück. Die Bevölkerung der alten kerndeutschen Stadt Trier ist entschlossen, jeden Versuch, unser Verhältnis zum Reich und Preußen zu lockern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln und bis aufs Äußerste zu bekämpfen. Wir wollen auch eine Befreiung von den drückenden Besatzungen lassen nie und nimmer durch eine Neutralisierung der Rheinlande erkaufen. In Glück und Unglück bleiben wir unerschütterlich verbunden mit unserem deutschen Vaterlande.

Die Kundgebung ist um so bedeutender, als bekanntlich Befreiungen im Gange sind, die Rheinländer für eine Neutralisierung des Rheinlandes zu über den Verprechen der Zurückziehung der Besatzungstruppen. Die Trierer haben darauf die Antwort gegeben.

### Die schwere Not der rheinischen Frau.

Unter dieser Überschrift wird der Grenzland-Korr. geschrieben:

Noch immer befinden sich trotz zahlreicher Proteste, trotz unzähliger Warnungen, trotz vergeblicher Hilferufe Jehntausende von uniformierten, in französischem Solde stehende Wilden und Halbwilden am deutschen Rhein. Sie gehören anderen, von der weißen durch tiefe physische und moralische Unterschiede weit entfernten, farbigen Rassen an, sie bedeuten eine ständige Verhöhnung einer kulturell hochstehenden europäischen Nation, ihre Anwesenheit ist eine dauernde Gefahr für die Sicherheit und Ehre aller rheinischen Frauen. Neben dieser ständigen Bedrohung durch die farbige Soldateska sind es aber auch noch verschiedene andere Umstände, die das Leben einer deutschen Frau im besetzten Gebiet wenn nicht zur Hölle, so doch zu einer dornenbesetzten Kette ununterbrochener Leiden machen. Wie groß die Fülle dieser Leiden ist, wie schwer die Last des Besatzungsdrückes auf dem Gemüt der rheinischen Frauenwelt lastet, davon gibt ein von der „D. N. G.“ veröffentlichter „Notruf“ pfälzischer Frauen ein anschauliches Bild. Wir geben aus dem erwähnten Aufruf folgende Stellen wieder:

Wir Frauen aus der Pfalz rufen euch auf: Helft uns in unserer Not! Wir können nicht länger schweigen. Ihr alle wißt, daß es sehr viel leichter ist, einmal ein großes Opfer zu bringen, als täglich sich immer wiederholende Nadelstiche zu ertragen. Wir brauchen eure Hilfe, und die könnt ihr uns dadurch am besten bringen, daß ihr immer wieder eure Stimme erhebt für uns, bis die ganze Welt euch hört! Wir selber können es ja nicht, dürfen nicht hinausrufen, was uns geschieht, wenn wir uns nicht den schwersten Schikanen aussetzen wollen.

„C'est moi qui fait la note!“ wurde kürzlich einem Haus herrn erwidert, der nach mehr als sieben Monaten an Zahlung erinnerte. Beschwerden an die vorgesetzte Behörde sind wohl möglich, würden aber erbliche Schikanen eintragen. Sie toben in unseren Köpfen mit unserer Feuerung und unserem Gas. Sie sind die Herren in unserem Haushalt. Was würdet ihr sagen, Ihr Hausfrauen, wenn a. B. Ihr Euer Mittagessen aufgesetzt hätte und nach einer Weile findet Ihr es auf einem Tische stehen in einer Schüssel, denn Madame hat gerade den Topf für sich gebraucht? Würde es Euch gefallen, wenn Sonntag vormittags während des Kochens Madame ersähe und ihr getragenes Hemd in der Küche auswischt und es über den Herd hing zum Trocknen, wenn die fremden Ordnungen von früh bis spät mit der Zigarette im Mund in Eurer Küche säßen, und die fremden Diensthilfen dort hantierten? Wir sind wehrlos und rechtlos im eigenen Lande. Es herrscht absolute Gewalt. Die unbeschränkte Macht des Siegers über den Besiegten! Viel schwerer jedoch als alles sonst ist für uns

Frauen, daß sie vielfach Frauen in unsere Häuser bringen, über deren Herkunft und Qualität kein Zweifel möglich ist. Und wir müssen diese Frauen in unseren Räumen, unseren Betten und unseren Küchen dulden, dürfen ihnen selbst unsere eigenen Wohnräume nicht verschließen, müssen sie respektieren und bebiegen und müssen sie mit unseren jungen Töchtern verkehren lassen.

Ein Mittel gäbe es — das wissen wir wohl! — um all dieser Not gleich ein Ende zu machen! Wenn wir nämlich unsere Deutschum verleugnen wollten! Denn unser schwerstes Verbrechen ist, deutsch zu sein und bleiben zu wollen! Darum kommen wir zu euch, unseren glücklicheren Schwestern, und klagen euch unsere Not! Helft uns diejenigen stützen, die schwach werden könnten. Wir wissen ja, daß wir durchhalten müssen um Deutschlands willen. Aber ihr müßt uns helfen! Soweit der Aufruf der pfälzischen Frauen. Welch erschütternde Tragik gerade in diesen schlichten einfachen Sätzen liegt, welche tiefen Einblick der ganze Notruf in das Unmaß von Leiden, von Verwundungen und kleinsten Qualereien gibt, denen die rheinische Frau in ihrem speziellen Reich, in ihrem Heim seit Jahr und Tag ausgesetzt ist, wird jedes deutsche Weib, jede deutsche Hausfrau wohl am besten selbst nachfühlen können. Die Not ist groß, wir wissen es. Wir wollen auch helfen und nochmals rufen, wollen an das Gewissen der Welt appellieren! Ob es ein solches jedoch noch gibt, ist eine andere Frage. Zeit ist es längst, daß uns Beweise davon überzeu-

### Ein Wiederaufnahmeverfahren vor dem Reichsgericht.

Vor dem Reichsgericht begann die Verhandlung im Wiederaufnahmeverfahren gegen den Ingenieur Otto Wiener aus München, der in seiner Eigenschaft als Direktor der Albatroswerke in Berlin in den Jahren 1912 bis 1914 zum Schaden der deutschen Marine Mitteilungen über Flugboote an die italienische Militärbehörde hat gelangen lassen, die — nach der Anklage — geheim zu halten waren. Weiter hat Wiener Wasserflugzeuge neuester Konstruktion nach Italien geliefert. Er ist deshalb am 8. Dezember 1915 zu einem Jahr sechs Monaten Festung verurteilt worden. Auf seinen Antrag hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet und die Sache an den 2. Strafsenat zur Behandlung überwiesen. Wiener hat 1909 zusammen mit Kumpfer Flugzeuge gebaut und später die Albatroswerke gegründet, durch die er mit den deutschen Militär- und Marinebehörden wegen Lieferung von Flugapparaten in Verbindung kam. Wiener hat zur Sehung unserer Luftverteidigung nach seinen eigenen Angaben Flugzeuge bauen lassen. Unter diesen befand sich auch ein fliegendes Boot mit Funtdorrichtung, dessen Typ neu war. Nach Ansicht der Reichsmarinebehörde lag es im Interesse der deutschen Verteidigung, daß die Konstruktion des Bootes im Ausland nicht bekannt werde. Der Angeklagte will nach dem mit dem Reichsmarineamt geschlossenen Lieferungsverträgen nicht zur Geheimhaltung gezwungen gewesen sein.

Wiener beruft sich u. a. auf einen 1914 in Barnemünde veranstalteten Flugwettbewerb, zu dem auch die Marinebehörde des Auslandes eingeladen waren. Dabei sei nichts geheim gehalten worden, was die deutsche Flugzeugindustrie geschaffen hatte. Die Ausrichtung des fliegenden Bootes, die er, der Angeklagte, an Italien „verraten“ haben soll, sei in den Lieferungsbedingungen aufgeführt und die konstruktive Verbesserung offen sichtbar gewesen. Er habe selbst der Marine Mitteilung von der Lieferung der Flugzeuge gemacht. Als erster Zeuge wird Admiral Gygis vernommen. Die funktentelegraphischen Versuche in Kiel seien von Reichsmarineamt nicht geheim gehalten worden. Der Zeuge gibt seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß Wiener das geheim gehalten habe, was geheim zu halten ihm übergeben sei. — Korvettenkapitän Lvw. Kiel kann in der Handlungsweise Wieners kein Vergehen sehen. — Oberleutnant Siegert erklärt, daß die Fliegerei vor dem Krieg international abgemittelt gewesen sei, daß es keine Geheimnisse über die Ertragenschaften auf flugtechnischem Gebiet unter den Vorkriegern der einzelnen Staaten gab.

Der Prozeß wird noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß das Urteil voraussichtlich erst am Freitag zu erwarten ist.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Todesurteil gegen den Mörder von Eichhorn. Wie die „Berl. Lok.-Anz.“ meldet, hat das oberste Gericht der Ukraine den linkssozialrevolutionären Bagutinski, der die Ermordung des deutschen Feldmarschalls von Eichhorn in Kirow eingestanden hat, zum Tode verurteilt.

### Badische Uebersicht.

#### Badischer Landtag.

##### Die Vermessungsarbeiten.

Im Haushaltsausschuß stellte und begründete ein Zentrumsvizepräsident den nachfolgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht:

1. in einem Nachtrag zum Voranschlag des Arbeitsministeriums Titel VIII
  - a) bei § 50 (Landesvermessung) statt 3 Geometer 6 Geometer, 18 Vermessungssekretäre 19 Vermessungsgeometer,
  - b) bei § 58 (Vermessung und Kartierung) statt 350 000 M. 1 200 000 M. jährlich einzustellen.
2. die Stellung des Vermessungspersonals in der Besatzungsordnung so einzureichen, daß ein genügender Zugang gesichert ist.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, da es im Vermessungswesen an Personal fehlt und dem Staate Millionen verloren gehen können, wenn auf diesem Gebiete eine Vernachlässigung eintritt.

##### Die Beschädigung der Straßen durch Automobile.

Auf die Anfrage eines Zentrumsvizepräsidenten erklärt ein Regierungsvizepräsident, daß die Straßen durch das Befahren mit Automobilen außerordentlich leiden. Die Räder reißen die Straßendecke auf, diese müssen deshalb häufiger wieder in stand gesetzt werden. Auch können sie nicht mehr wie früher beschottert werden. Durch den Krieg haben die Straßen ebenfalls gelitten. Es müssen mehr Mittel für die Straßengerüstung künftig aufgewendet werden.

### Restorationen und Kulturarbeiten.

Hier liegt ein Antrag Hügle (Dem.) vor, der verlangt: Die Aufgaben der Landeskultur werden von dem Aufgabenteile der Wasser- und Straßenbauverwaltung abgetrennt und entweder einer besonderen Behörde mit einem Leiter übertragen, oder aber sie werden einer bereits bestehenden Zentralbehörde mit landwirtschaftlicher Verwaltung angegliedert. Der Bildungsgang der bad. Kulturtechniker wird so geregelt, daß sie theoretisch und praktisch eine spezielle technische und verwaltungsrechtliche Vorbildung für die Lösung der Aufgaben der Landeskultur erhalten.

Der Antrag wird von demokratischer Seite begründet. Von sozialdemokratischer Seite und durch einen Zentrumsvorsteher wird Beschleunigung der Kulturarbeiten in den verschiedenen Teilen unseres Landes verlangt.

Die Regierung schildert die großen Schwierigkeiten in der Durchführung von Kulturarbeiten; es sei ein Kampf um die Seele des Landwirts, den keine Partei völlig ausfechten wolle. Seit dem Kriege seien an 2240 Hektar Kulturverbesserungen vorgenommen worden; in der Ausführung seien begriffen 8400 Hektar. Feldbereinigungen seien bei 1000 Hektar zu verzeichnen, in der Ausführung begriffen 2860 Hektar, zusammen eine Fläche von 12500 Hektar. Das Landgrabengebiet sei in einigen Monaten fertig. In Baden habe man solche Gebiete enteignet; in Württemberg gehöre jeder Streifen Landes einem anderen Besitzer, das erhöhe die Schwierigkeiten. Die Landwirtschaft werde bei der Durchführung der Pläne herangezogen. — Es wurde dann der folgende Antrag angenommen:

1. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, wie die Ausbildung und Auswahl der Kulturtechniker zweckmäßiger gestaltet werden kann.
2. Die Regierung wolle ersuchen, in der Folge des Landtagsbeschlusses vom 21. Februar 1922 auszuarbeitenden Denkschrift über die Organisation der Landwirtschaftspflege auch die Frage einer Änderung der Organisation der Landeskulturbehörden zu behandeln.

### Erkennungsdienst beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe.

Nachdem bisher in Baden bei der Aufstellung von Straftaten und der Verfolgung von Verbrechen der Mangel eines mit allen Hilfsmitteln der modernen Polizeitechnik ausgestatteten sog. Erkennungsdienstes in zahlreichen Fällen sehr mißlich empfunden worden ist, wurde nunmehr, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe im Rahmen der dort zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte ein solcher Erkennungsdienst eingerichtet. Bei der Schaffung dieses Dienstes wurden die Erfahrungen, die in anderen Städten (u. a. Frankfurt, Stuttgart, München), wo sich der Erkennungsdienst ausgezeichnet bewährt hat, gemacht wurden, zugrunde gelegt.

Der Erkennungsdienst bei der Polizeidirektion Karlsruhe ist zunächst mit allen Einrichtungen auf dem Gebiete der *Fototechnik* (Fingerabdruckverfahren) versehen, in deren Mittelpunkt eine umfassende *phototechnische Karteothek* steht. In unmittelbarer Verbindung damit wurde eine *Personalaktenabteilung* angelegt, die sich aus bereits vorliegenden, sowie von anderen Erkennungsdiensten ergänztem Material zusammensetzt. Von besonderer Wichtigkeit sind ferner die *phototechnischen* und *chemisch-technischen* Einrichtungen des Erkennungsdienstes. Es stehen der Polizeidirektion mehrere auf dem Gebiet der *Polizeiphotographie* besonders ausgebildete Beamte zur Verfügung, die mit allen Hilfsmitteln der modernen *polizeitechnischen* *Photographie* (*Fernphotographie* und *Zimmerphotographie* für *Tatortaufnahmen*, *Vergrößerungen* u. a. m.) zu arbeiten in der Lage sind. Es ist selbstverständlich nicht daran gedacht, diese Beamten, sowie die *phototechnischen* Einrichtungen des Erkennungsdienstes etwa auf den engeren Bezirk zu beschränken, vielmehr sollen diese Einrichtungen auf Anforderung auch auswärts Verwendung finden. Mit der *phototechnischen* Abteilung ist außerdem eine *Sichtbilder-Sammlung* verbunden, die in *Kartothekform* angelegt, das bisherige *Verbrecheralbum* ersetzt bzw. wesentlich erweitert.

Schließlich wird der Erkennungsdienst seine Arbeiten auch auf das *chemisch-technische* Gebiet hinüberleiten können. Es wurde nämlich für die Fälle, in denen *chemisch-technische* Untersuchungen (*Blut*, *Saure*, *Stoffe* usw. Untersuchungen) und Begutachtungen erforderlich sind, eine *Arbeitsgemeinschaft* zwischen dem Erkennungsdienst und der *Lebensmittel-Hygieneanstalt* an der *Technischen Hochschule Karlsruhe*, welche über die entsprechenden Einrichtungen verfügt, geschaffen.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß der neue Erkennungsdienst bei der Polizeidirektion Karlsruhe heute schon eine Einrichtung darstellt, die mit an der Spitze der verwandten Institute in Süddeutschland steht, mit denen übrigens ein geregelter Austausch des Materials und der Erfahrungen stattfindet. Man kann sich erwarten, daß bei entsprechender Ausrichtung der Einrichtungen, deren weiterer Ausbau und in der Folge einer umfassenden Betätigung des Erkennungsdienstes dem Lande Baden die gleichen Erfolge dieser Einrichtung beschieden sein werden, wie sie anderwärts seit Jahren in steigendem Maße zu beobachten waren.

### Die badische Uhrenindustrie und die verwandten Industrien 1921.

Zu den ältesten Industrien in Baden gehört die Schwarzwalder Uhrenindustrie. Die Entwicklung zum maschinellen und fabrikmäßigen Großbetrieb hat etwa um die Mitte des abgelaufenen Jahrhunderts begonnen. Durch den Übergang der Schwarzwalder Uhrenindustrie zur billigen Massenherstellung der Erzeugnisse auf rein maschineller Weg (Amerikaner Uhren) erfuhr die Uhrenindustrie in den letzten Jahren eine weitere starke Konzentration in den Fabriken, und die alleingeherrschte Uhren-Gaßindustrie ist im Laufe der Jahre auf spärliche Reste in Abhängigkeit von den Fabriken zusammengesmolzen. Die badische Uhrenindustrie, ihre Hilfsindustrie und die mit ihr verwandten Industrien (Waffen- und Kaufwerkindustrie usw.) beschränken sich in der Hauptsache auf die Schwarzwaldbereiche Bellingen, Triberg und Neustadt; einige wenige Fabriken befinden sich in den Bezirken Konstanz, Wolfach und Herrsching. Vor allem sind es in den erstgenannten drei Schwarzwaldbereichen die 7 und zusammen 21 von den 79 Gemeinden, welche als Fabrikstandorte in Betracht kommen. Die Hauptorte sind Triberg mit 18 Betrieben, Bellingen mit 15, St. Georgen mit 13, Furtwangen und Neustadt mit je 8, Schonach mit 6 und Hornberg mit 5 Betrieben. Nach den Ausführungen des Statistischen Landesamts in der Mai-

Nummer der Statistischen Mitteilungen beläuft sich die Zahl der eigentlichen Uhrenfabriken in den drei Bezirken Bellingen, Triberg und Neustadt auf zusammen 36 mit insgesamt 3700 Arbeitern. Von ihnen sind 9 als Großbetriebe mit je über 200 bis 600 Arbeitern anzusehen; in 3 Betrieben beträgt die Arbeiterzahl je über 100 bis 200, in den übrigen 13 bleibt die Zahl der beschäftigten Personen unter 100, größtenteils sogar unter 50.

Zur Uhrenhilfsindustrie zählen etwa 60 Betriebe mit insgesamt 4000 Arbeitern, darunter 7 Schrauben- und Drahtstiftfabriken mit zusammen 700 Arbeitern, 27 Uhrenbestandteile- und Metallwarenfabriken (einschließlich Uhrenbestandteile-Gießereien) und gegen 2000 Arbeiter, 10 feinmechanische Werkstätten mit 300 Arbeitern, 6 Werkzeug- und Werkzeugmaschinenfabriken mit nahezu 800 Arbeitern, 8 Uhrenlastenfabriken bzw. Uhrgehäusefabriken und dergl. mit 250 Arbeitern, 5 größere Uhrenfabriken haben außerdem eigene Uhrenlastenfabriken. Von 2 Betrieben im Bezirk Bellingen wird Messingblech bzw. Iallegewalzter Wandblech für die Uhrenindustrie geliefert. Uhrzifferblätter werden außer von einem Schwarzwalder Emailierwerk noch von 2 Emailierwerken in Offenbach und im Bezirk Lörrach in großem Umfang hergestellt.

Während sich die Uhrenhilfsindustrie und die mit der Uhrenindustrie verwandte Metallindustrie in den letzten Jahren im Schwarzwaldbereich fast von Jahr zu Jahr ausdehnt hat, ist die in früheren Jahrzehnten dort heimische *Musikinstrumentenindustrie* fast in den Hintergrund getreten. An ihrer Stelle ist im Zusammenhang mit der Uhrenindustrie und aus ihr herausgewachsen die Herstellung von *Laufwerken* für *Spezialmaschinen*, sowie die Herstellung von *Gas- und Wassermessern*, *elektrischen Zählern*, *elektro-galvanischen Apparaten* und dergl. zur Blüte gelangt.

### Die Landwirtschaftstagen in Freiburg.

DZ. Freiburg, 17. Mai. Den Abschluß der Tagungen der Landwirtschaftlichen Verbände bildete eine starbesuchte Generalversammlung der *Badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Karlsruhe*. Auch in dieser Versammlung war es der *Verbandsdirektor Sämann*, der den Geschäftsbericht für das Jahr 1921 gab. Bekanntlich ist die Hauptgenossenschaft Ende 1920 gegründet worden, um die seither von dem *Verbande Badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften* besorgten *Warenein- und -verläufe* zu übernehmen, da die wachsende *Weldentwertung* und der *Warenhunger* die Umfänge des *genossenschaftlichen Warengeschäftes* steigerten, so daß sich die *Notwendigkeit* zur Gründung einer *besonderen Warenzentralgenossenschaft* mehr und mehr fühlbar machte. *Trotz aller wilden Konjunkturschwankungen* und bei *Vermeidung aller Spekulationsgewinne* war das *Geschäftsjahr* ein *gutes*. Der *Umsatz* in *Futtermitteln* stieg von 298 000 Zentnern im Jahre 1920 auf 712 400 Zentner im Jahre 1921. Der *Düngemittelmarkt* gestaltete sich *ziemlich schwierig*, auch infolge der *mühsamen Geförderungsmaßnahmen*. Das *Geschäft* mit *Speisefarstoffen* und *Saatkartoffeln* hat sich im *Verdichtsjahr* stark vergrößert.

Die *Verjorgung* der *Genossenschaften* mit *Bekämpfungsmitteln* und *Schuttmitteln* ging gut von *statten*, dagegen hatte diejenige mit *Warenstoffen* unter den *wohlbekanntesten* Gründen zu *leiden*, die die *gesamte Volkswirtschaft* in *dieselben* Weise *berührt*. Die *Vermittlung* von *landwirtschaftlichen Maschinen* ist mit *Erfolg* wieder *ausgenommen* worden. Die *Hauptgenossenschaft* versucht, mittels *weitgehender Dezentralisation* ihrer *Geschäfte* mit den *einzelnen Mitgliedern* der *Genossenschaften* mehr in *Verbindung* zu *kommen*. Die *Zahl* der *Mitglieder* beträgt 644, die *Summe* der *Geschäftsanteile* 868 000 und die *Hauptsumme* 5 148 000 M. Das *Geschäftsjahr* 1921 schließt mit einem *Reingewinn* von 1 084 827 M. ab. In der *Diskussion* zum *Geschäftsbericht*, die von *Prof. Nach-Augustinberg* mit einer *Erdörterung* der *Wichtigkeit* der *Probenaufgabe* bei *Wegung landwirtschaftlicher Bedarfsartikel* eröffnet wurde, *betonte* *Nach-Augustinberg* die *Notwendigkeit*, zur *Untersuchung* von *Proben* die *landwirtschaftlichen Versuchsanstalten* in *Anspruch* zu *nehmen*, um zu *vermeiden*, daß dem *Landwirt* *schlechtes Material* *ausgehändigt* wird. Der *Vertreter* der *bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften* trat für die *Korratwirtschaft* ein. *Wenn* er *auch* die *Schwierigkeiten* einer *solchen Wirtschaft* nicht *verneinte*, so *glaube* er *doch*, daß die *richtigere Verbindung* der *Genossenschaftsgedankens* mit *kaufmännischer* *Geist* auch *dieses Problem* *befriedigend* *gelöst* werden *könnte*. Die *Hauptnotwendigkeit* aber sei, daß der *Bauer* sein *verfügbares Geld* der *Genossenschaftsbank* und nicht den *gewerblichen Banken* *zuführe*.

Nach *Schluss* der *Diskussion* erstattete *Herr Olanomierat Schittenhelm* den *Revisionsbericht* des *Aufsichtsrates* und *berichtete* über die *vorgeschlagene Gewinnverteilung*, worauf dem *Vorstand* und dem *Aufsichtsrat* *Entlastung* erteilt wurde. Darauf wurde zu den *Neuwahlen* und *Erfahrungswahlen* in den *Aufsichtsrat* *geschritten*, die *einstimmig* nach den vom *Vorstand* *gemachten Vorschlägen* *erledigt* wurden. Hierauf erledigte die *Versammlung* eine *Reihe* von *Statutenänderungen*, die in der *Hauptsache* die *innere Organisation* betreffen. *Hervorzuheben* ist *daraus* die *Erhöhung* der *Hauptsumme* von *1000* auf *5000 M.* und der *Geschäftsanteile* von *200* auf *500 M.*, sowie die *Verjüngung* der *letzteren* mit *5 Prozent* anstelle der *bisher üblichen 6 Prozent*. Nach *Genehmigung* einer vom *Verband* *vorgeschriebenen Dienstverweisung* für *Vorstand* und *Aufsichtsrat* *schloß* die *Versammlung* die *Gründung* einer *Pensions- und Unterstützungskasse* für die *Genossenschaftsbeamten* zu, *womit* die *Tagung* ihr *Ende* *erreichte*.

### Der Bezirksverein Baden im Deutschen Fleischerverband.

Hielt in Karlsruhe eine gut besuchte Tagung ab, der *Ges. Oberregierungsrat Cron* als *Vertreter* des *Ministeriums* des *Inneren* und des *Landesgewerbeamtes* *beizuwohnte*. Nach *Erstattung* des *Jahresberichtes* durch den *Vorsitzenden Koch* und des *Kassenberichtes* durch *Koltrath-Mannheim* sprach *Landesgewerkammerpräsident Endres* über die *neuen Steuern* und das *Handwerk*. Im *Anschluß* daran wurde eine *Resolution* *bed. Mannheim* *angenommen*, die *sich* gegen die *als ungerecht* bezeichnete *Einschätzung* der *verschiedenen Finanzämter* *wendete* und *verlangt*, daß zu den *Sitzungen* der *Steuerausschüsse* *mehr Sachleute* *verwendet* würden. *Obermeister Erdreich*, *Herrsching* sprach über die *Preisprüfungsstellen*.

Der *Vorstand* wird eine *Entschließung* *ausarbeiten*, nach der die *Bestimmung* der *Fleisch- und Wurstpreise* den *Annahmen*, nicht aber den *Preisprüfungsstellen*, *überlassen* werden soll.

Im *Weiteren* wurden noch eine *Reihe* *wichtiger Angelegenheiten* *erörtert*, u. a. die *Kariffrage*, die *Frage* des *Wiedererhebes* *innerhalb* und *außerhalb* der *Grenzen*. Hierbei *betonte* *Ges. Oberregierungsrat Bestenmeyer* *l. Bad. Pr.* auf die *Verordnungen* der *Regierung* gegen den *wilden Viehhandel* und *trat* den *Verurteilten* über *zu starke Verschönerung* von *Vieh* *nach dem Auslande* *entgegen*. Die *badische Regierung* *könnte* nicht *verhindern*, daß *Strasburger Einwohner* unter *Ausnutzung* der *Wahlverhältnisse* in *Kehl* *Fleisch* *laufen*. Der *größte Teil* des *Schlachtviehbedarfes* für die *großen badischen Städte* *wird* nicht *durch* die *badische Viehzucht* *gedeckt*, sondern *er* *wird* von *anderen deutschen Ländern* *eingeführt*. Die *von dem Auslande* *nach dem Auslande* *gehenden Viehtransporte* *könnte* die *badische Regierung* *nicht verhindern*; *es* *handelt* *sich*

hier um für die *enterte bestimmte Transporte*. Die *Ausfuhr* *badischen Viehs* *nach dem Auslande* *sei* *nicht möglich*; *es* *sei* *auch* *nicht* *möglich*, *bei* *diesen Durchfuhrtransporten* *Um- oder Zuladungen* *vorzunehmen*, *wie* *namentlich* *draußen* *auf dem Lande* *vielfach* *angenommen* *werde*.

*Beterinärarzt Fries*, *Schlachthofdirektor* *in Mannheim*, *unterstützte* *den Regierungsvertreter* *in dieser Frage* *und erklärte*, *es* *sei* *absolut* *kein Grund* *zum Mißtrauen* *vorhanden*.

*Obermeister Gensler-Freiburg* *trat* *für die Freizügigkeit* *beim Vieheinkauf* *für Metzgermeister* *ein*. Die *Versammlung* *nahm* *einen Antrag* *des Referenten* *an*, *in dem* *verlangt* *wird*, *die Einschränkungen* *der Einkaufserlaubnis* *sollen* *für die selbständigen Metzgermeister* *beseitigt* *werden*, *außerdem* *soll* *den selbständigen Metzgermeistern* *erlaubt* *werden*, *von ihnen* *gekauft* *Vieh* *ohne besondere Erlaubnis* *weiter* *verkaufen* *zu dürfen*.

*Mitbestimmter Obermeister Reinberger-Hinsbach* *unterstützte* *die Begründung* *des Hauptredners*.

*Oberregierungsrat Bestenmeyer* *erwiderte*, *es* *handelt* *sich* *hier* *um die Frage*, *die reichsgesetzlich* *geregelt* *sei*; *am Freitag* *werde* *sich* *mit* *ihm* *auch* *die badische Regierung* *beschäftigen*, *die* *dazu* *den Vorsitzenden* *Koch* *und andere* *Vertreter* *des Bezirksvereins* *eingeladen* *haben*. — *Ingenieur Herig* *vom Forschungsanstalt für rationelle Betriebsführung im Handwerk* *E. B.* *in Karlsruhe* *erklärte*, *das Institut* *gebe* *dem Verein* *gerne* *an die Hand*. Die *nach den Sitzungen* *ausstehenden Mitglieder* *des Vorstandes* *wurden* *durch* *Jurist* *einstimmig* *wiedergewählt*.

Den *Verhandlungen* *folgte* *abends* *ein Ball* *im Festhallsaal*.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### „Bühne und Welt“.

\* Man schreibt uns:

Kaum waren in der *Nacht* *vom Mittwoch* *zum Donnerstag* *die letzten Klänge* *des Metzger-Balles* *verhallt*, *als* *in* *der Festhalle* *ein* *unheimliches Treiben* *begann*. *Von allen* *Seiten* *stürzten* *unter* *Meister Burlards* *und* *Direktor Meyers* *sachtundiger* *Leitung* *ein* *Heer* *von* *hundert* *arbeitsfreudigen* *Händen* *in* *die* *Halle* *und* *verwandelten* *sie* *zunächst* *in* *ein* *unentwirrbares* *Chaos*. *Doch* *schon* *am* *nächsten* *Morgen* *konnte* *man* *erkennen*, *wie* *Ordnung* *in* *dieses* *Chaos* *kam* *und* *sich* *eine* *feinhaste* *Aus schmückung* *sämtlicher* *Räume* *der* *Festhalle* *dar- aus* *entwickelte*. *Kurz* *ist* *die* *Zeit*, *die* *zu* *der* *Versorgung* *sticht* *und* *Erwartung* *müß* *noch* *geleistet* *werden*. *Um* *so* *größer* *werden* *dann* *auch* *die* *Genüsse* *sein*, *die* *auf* *den* *verschiedensten* *Gebieten* *die* *Besucher* *erwarten*. *Es* *sei* *zusammenfassend* *noch* *einmal* *auf* *die* *einzelnen* *Darbietungen* *hier* *hingewiesen*.

*Nachmittags* *3 1/2* *Uhr* *im* *Stadgarten* *„Freiluft-Konzert“* *des* *gesamten* *Landestheater-Orchesters* *unter* *abwechselnder* *Leitung* *von* *Operndirektor* *Fritz Coriolis* *und* *Kapellmeister* *Alfred Lorenz*, *gemischt* *Chorlieder* *des* *Gesamtsingchors* *des* *Landestheaters* *unter* *Chordirektor* *Georg Hofmann* *und* *ein* *großes* *Tanzspiel* (*Mai-John*), *ausgeführt* *von* *gesamtem* *Ballettpersonal* *unter* *Leitung* *von* *Hanns Bourgeois* *und* *musikalischer* *Leitung* *von* *Willy Schwenke*. *Sollte* *entgegen* *der* *festen* *Zusage* *von* *Petrus* *die* *Witterung* *doch* *nicht* *günstig* *sein*, *so* *finden* *die* *eben* *erwähnten* *Veranstaltungen* *im* *großen* *Festhallsaal* *statt*.

*Besondere* *Anziehungskraft* *besitzt* *der* *um* *1/2* *Uhr* *im* *kleinen* *Festhallsaal* *beginnende* *Wilde-Zee* *ausgeführt*. *Weibliche* *Solomitglieder* *unserer* *Bühne* *werden* *hierbei* *die* *neuesten* *Schöpfungen* *erster* *hiesiger* *Modestimmen* (*Kleider*, *Hüte*, *Relje*, *Bijouterie*) *selbst* *vorführen* *sich* *herbeilassen* *und* *die* *berühmte* *Wirkung* *der* *Gewänder* *durch* *den* *Zauber* *ihre* *Persönlichkeit* *mühselos* *aber* *bedeutend* *zu* *erhöhen* *wissen*. *Ein* *kleines* *Kammerorchester* *sowie* *solistische* *Vorträge* *der* *Herren* *Konzertmeister* *Boigt* *und* *Kammermusiker* *Schimel* *werden* *zur* *Belebung* *dieser* *Veranstaltung* *beitragen*, *während* *Hubert* *Endlein* *in* *bekannter*, *wichtiger* *Weise* *die* *einzelnen* *Kostüme* *vorführen* *wird*.

*Um* *8* *Uhr* *hinauf* *dann* *das* *Hauptfest* *in* *der* *großen* *Festhalle*, *ein* *Promenadenkonzert* *des* *Orchesters* *unter* *Leitung* *der* *Herren* *Coriolis* *und* *Lorenz* *mit* *Willy* *Jillen* *als* *Solist*, *der* *mit* *den* *Freilichtspielern* *aus* *Richard* *Wagners* *„Meisterfingern“* *die* *Zuhörer* *entzücken* *wird*. *Es* *folgt* *ein* *Blumenreigen*, *ein* *Blumenpompast* *und* *dann* *anschließend* *der* *allgemeine* *Tanz*. *Gleichzeitig* *mit* *Eröffnung* *des* *Saales*, *beginnt* *der* *Betrieb* *in* *der* *Bar* *und* *im* *Bierunsel*. *In* *letzterem* *wird* *eine* *Schrammelmusik* *und* *das* *Balkonzert* *des* *Landestheaterchors* *für* *Stimmung*  *sorgen*, *während* *in* *der* *Bar* *ein* *Kabarett*, *bestehend* *aus* *der* *Gesamtheit* *der* *Solomitglieder* *des* *Landestheaters* *unter* *der* *Leitung* *von* *Hans* *Blum* *auch* *die* *berühmtesten* *Feinschmecker* *vollauf* *zufrieden* *stellen* *wird*. *Nicht* *zu* *vergessen* *sind* *dann* *nach* *die* *großen* *parabolistischen* *Theateraufführungen* *im* *kleinen* *Saal*, *die* *von* *Emanuel* *Striebe*, *dem* *berühmten* *sächsischen* *Schmierendirektor*, *ben* *je* *der* *Theaterbesucher* *von* *Schönthons* *„Raub* *der* *Sabinerinnen“* *kennt*, *im* *Verein* *mit* *seiner* *Gesamttruppe* *ausgeführt* *werden*. *Hans* *sieht*, *es* *wird* *unerhört* *Vieles* *geboten* *und* *Sache* *des* *Karlsruher* *Publikums* *ist* *es*, *sich* *nun* *in* *Scharen* *am* *Sams- tag* *in* *Stadtpark* *und* *Festhalle* *einzufinden* *und* *ihre* *Scherlein* *beitragen* *zugunsten* *der* *Altpensionäre* *des* *Landestheaters*, *denen* *der* *Ertrag* *des* *Festes* *ja* *bekanntlich* *quante-*

\* *Wir* *möchten* *die* *letzte* *Aufforderung* *auch* *zu* *der* *unserer* *machen*. *Die* *Not* *der* *kleinen* *Renten-* *und* *Pensionsempfänger* *ist* *unser* *Lern* *aus* *mehr* *als* *einem* *Artikel* *der* *„Karlsruher* *Zeitung“* *bekannt*. *Zu* *den* *von* *dieser* *Not* *besonders* *schwer* *Betroffenen* *gehören* *auch* *die* *Altpensionäre* *des* *Landestheaters*. *Wie* *traurig* *ihre* *Lage* *ist*, *würde* *dieser* *Lage* *erst* *im* *Haushaltsauschuß* *des* *badischen* *Landtags* *betont*; *konnte* *doch* *der* *Verdichter* *für* *die* *Theatervorlage* *feststellen*, *daß* *ehemalige* *Angehörige* *des* *Theaters*, *die* *ihre* *Kräfte* *in* *einer* *zum* *Teil* *mehrere* *Jahrzehnte* *umfassenden* *Dienstzeit* *aufgebraucht* *haben*, *Monatsentloohnen* *von* *wenigen* *hundert* *Mark* *beziehen* *und* *ein* *geradezu* *jämmerliches* *Dasein* *föhren*!

*Wir* *dächten*, *diese* *Feststellung* *allein* *müßte* *genügen*, *die* *Herzen* *aller* *zu* *öffnen*, *die* *sich* *überhaupt* *noch* *ein* *Empfinden* *für* *den* *Mitmenschen* *bewahrt* *haben*. *Um* *wieviel* *mehr* *müßte* *jeder* *Freund* *der* *Kunst*, *jeder*, *der* *im* *Theater* *auch* *nur* *ein* *mal* *eine* *Stunde* *der* *Beize*, *der* *Erhebung* *über* *den* *Wtag* *oder* *der* *lachenden* *Freude* *erlebt* *hat*, *bei* *dieser* *Gelegenheit* *derer* *gedenken*, *deren* *Können* *und* *Wirken* *ganz* *in* *den* *Dienst* *unserer* *Bühne* *gestellt* *war!*

*Wäge*, *das* *ist* *auch* *unsere* *Witte*, *die* *Karlsruher* *Bürgerschaft* *sich* *in* *Wasse* *an* *diesem* *Fest* *beteiligen*. *Wird* *das* *Vergnügen* *hoch* *diesmal* *zum* *Wohlsein*, *dieses* *Wahlun* *aber* *zum* *Dank-* *und* *Ehrenpflicht* *gegenüber* *einem* *Kauflein* *von* *Mitbürgern*, *die* *besonderen* *persönlichen* *Anspruch* *darauf* *haben*, *daß* *wir* *sie* *nicht* *in* *ihrem* *Glend*

Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge veranstaltet in Karlsruhe im Kinderkrankenhaus in der Zeit vom 24. und 26. Mai einen Fortbildungskurs auf dem Gebiet der Gesundheits- und Jugendfürsorge, zu dem eine Reihe hervorragender Sachverständiger für Vorträge gewonnen wurden. Am 27. Mai findet im Anschluß an diesen Kurs die Landesversammlung des Verbandes statt, für die ebenfalls wichtige Vorträge vorgesehen sind.

### Badische Gemeindeschau.

DZ. Heidelberg, 17. Mai. Wegen der Steigerung der Löhne und der hohen Kohlenpreise hat der Bürgerausschuß eine Erhöhung der Preise für den elektrischen Strom beschlossen.

Freiburg i. Br. Wie dem Jahresbericht der Städtischen Handelsschule für das abgelaufene Schuljahr zu entnehmen ist, ist die Ausgestaltung der freiwilligen Handelsschule zur Höheren Handelsschule mit zweijährigem Lehrgang auf Ostern 1921 zur Durchführung gelangt. Die Schule gliedert sich jetzt in eine Pflichthandelschule, männliche Abteilung, Pflichthandelschule, weibliche Abteilung (Verkaufersinnenschule), eine Höhere Handelsschule und in Abendfachkurse. Die Besucherzahlen während des Spätjahres 1921/22 stellten sich wie folgt: Pflichthandelschule, männliche und weibliche Abteilung 637, Höhere Handelsschule 467, Abendfachkurse 783. Die Anstalt wurde demnach im Berichtsjahr von insgesamt 1887 Schülern und Schülerinnen besucht. Der Unterricht wurde erteilt in 29 Klassen und 36 Einzelkursen, von insgesamt 28 Lehrkräften. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird die Anstalt in die ehemalige Kaserne am Karlsplatz überföhrt, welche von der Stadtverwaltung für Schulzwecke neu hergerichtet worden ist, so daß auch Gewähr für eine gesunde äußere Entwicklung der Schule geboten ist.

DZ. Singen, 18. Mai. Auf dem Städtischen Torfeld ist jetzt mit dem Torfstecken begonnen worden. Da der Preis für Torf gegenüber den hohen Holz- und Kohlenpreisen verhältnismäßig bescheiden ist, dürfte man im kommenden Winter wohl auch Torf in vermehrtem Umfang zur Feuerung heranziehen.

DZ. Konstanz, 18. Mai. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde die Beteiligung am Aktienweberprojekt mit je 100 000 M. Aktien und Darlehen gutgeheißen.

DZ. Wiesloch, 18. Mai. Hier sollen 22 neue Wohnungen gebaut werden mit einem Kostenaufwand von 4 280 000 M.

### Gemeindepolit. Rundschau.

Die Sterblichkeit in deutschen Großstädten.

(März 1922.)

Von Dr. Schöppen, Düsseldorf.

Die Gesundheitsverhältnisse in den 46 deutschen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern einschließlich Neuberrlins, das jetzt in die Betrachtung einbezogen ist, haben sich scheinbar, wenigstens nach den Sterbezahlen zu urteilen, weiterhin gebessert. Starben schon im Februar 2000 Personen weniger als in den vier Januarwochen, so war im März in der gleichen Zeitspanne ein weiterer Rückgang um 1300 Todesfälle zu verzeichnen. Aber trotzdem sind im März noch 19 100 Personen in deutschen Großstädten vom Tode dahingerafft. Darunter befanden sich rund 3700 Kinder im Alter unter einem Jahr. Die Säuglingssterblichkeit hat dadurch nicht nur absolut, sondern auch im Vergleich zur Gesamtsterblichkeit wieder beträchtlich zugenommen. Kam im Februar rund 12% aller Sterbefälle auf Säuglinge, so waren es im März nicht weniger als 19%. Auch die Zahl der in den Großstädten gestorbenen Ortsfremden ist wieder etwas gestiegen. Sie war jedoch verhältnismäßig gering bei Gemeinden mit mehr als 800 000 Einwohnern, zum Beispiel in Essen mit 10 Verstor-

benen, die anderorts ihren Wohnsitz hatten, oder in Dortmund und Nürnberg mit je 12 und in Magdeburg mit 14. Die Sterblichkeitsziffer stellte sich aufs Jahr berechnet im März auf 15,2. Danach sind vom Tausend der Bevölkerung durchschnittlich 1,1 Personen weniger als im Februar gestorben. Ein ständiger Rückgang der Sterblichkeit zeigte sich in den vier Märzwochen nur in Berlin, München, Köln, Altona und Bremen; eine Zunahme von Woche zu Woche dagegen nur in Krefeld und Nürnberg.

Bei den einzelnen in Frage kommenden Krankheiten blieb zufällig bei Masern die Zahl der Todesopfer mit 66 gleichhoch wie im Februar. Mehr als die Hälfte der Gesamtfälle — es waren 34 — kommen auf Berlin, weitere 10 auf Mainz, 8 auf Duisburg und 5 auf Dresden. Die übrigen 10 Fälle verteilten sich auf 7 andere Städte woraus zu ersehen ist, daß sonst Masern nur vereinzelt zum Tode geführt haben.

Eine Ausnahme der Sterblichkeit brachte die Gendstarrre, die Tuberkulose und außerdem auch noch gewalttätiger Tod. Am geringsten war sie bei der Gendstarrre. Von den 24 Fällen, die tödlich verliefen, kamen je 8 auf Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. und 6 auf Essen. Auch Lungenerkrankung führte nur in wenig umfangreichem Maße zum Tode. Ihr sind aber doch 2460 Personen erlegen. Das sind zwar nur rund 40 Fälle mehr als im Februar, jedoch fast 18% von der Gesamtzahl der Sterbefälle. Weitere 1200 entfielen auf Tuberkulose. Sie forderte insgesamt 2400 Menschenleben, oder 85 mehr als im Vormonat. Auf gewalttätige Weise starben 965 Personen; das entspricht einer Steigerung der Zahl der Opfer um 150.

Eine Abnahme in der Sterblichkeit zeigte sich dagegen bei Ruhr, Typhus, Scharlach, Diphtherie, Kindbettfieber, Keuchhusten, Erkrankungen des Magen- und Darmkanals und besonders bei Influenza. Bei den zuerst angeführten Krankheiten war die Mindersterblichkeit nur gering. An Ruhr kamen noch 16 Todesfälle vor. Davon 8 in Berlin, 3 in Hamburg, je 2 in Düsseldorf und Frankfurt und einer in Dresden. Der Typhus führte 21mal zum Tode; je 3mal in Halle und Berlin und je 2mal in Dortmund und Köln. Die Scharlachsterblichkeit war etwa gleichhoch wie des Typhus. An Diphtherie wurden nur 74 Sterbefälle gemeldet. Das sind immerhin 40 weniger als im Februar. Bei Keuchhusten war der Rückgang mit 117 Fällen überhaupt nicht ganz halb so groß wie bei Diphtherie. Kindbettfieber führte in 95 Fällen zum Tode. Die waren zu verzeichnen in Berlin 16 Fälle, in Hamburg 13, in München, Köln und selbst auch in Braunschweig je 7, obwohl die letztere Stadt doch nur 145 000 Einwohner hat, also den genannten übrigen Gemeinden hierin erheblich nachsteht. Des weiteren brachten Erkrankungen des Magen- und Darmkanals nur noch 880 Todesfälle. Wenn das auch rund 40 weniger als im Februar sind, so befanden sich unter den Verstorbenen immer noch rund 75% Säuglinge. Erfreulich ist jedoch dabei, daß die Quote der hier gestorbenen Säuglinge um mehr als 6% zurückgegangen ist. Was schließlich die Influenza anlangt, so stellte sich bei ihr der Rückgang der Sterblichkeit auf mehr als 50%. Ihr sind im Februar noch über 1000 Personen zum Opfer gefallen, im März dagegen nur 495, ein Anzeichen dafür, daß die Grippeepidemie ganz allgemein wesentlich an Ausbreitung verloren hat.

### Literarische Neuerscheinungen.

E. von Keyserling: Gesammelte Erzählungen in vier Bänden, herausgegeben von Dr. Ernst Heilborn. (Geh. 120 Mark. Verlag S. Fischer, Berlin.) — Keyserlings Werk schildert mit ergreifender schmerzlicher Sühne und vollkommener Künstlerschaft eine Kultur, die in ihrer Blüte welkte und die heute untergegangen ist. Wie durch einen silbernen Nebel, in dem das Licht spielt, gesehen, ersehen die weißen Häuser der baltischen Ebene und eine Gesellschaftsschicht, die in müder, aber schönheitsvoller Abgeschlossenheit lebte und über die das

Leben hinweggehen mußte. Der sie schilbert und der einer der ihren war, sah das Todeszeichen auf ihren Stirnen; er liebte sie mit dieser wehmütigen Liebe, in der das Bewußtsein kommenden Vertustes ist. In sorgfältig getrockneter Auswahl bietet die neue Ausgabe das Beste, das Bleibende an Keyserlings Werk. Ernst Heilborn gibt in seiner Einleitung eine eingehende Charakteristik des Dichters und eine Würdigung seiner Bedeutung für die moderne deutsche Erzählungskunst.

Walt Whitman: Werke. 1. Bd.: Prosa — 2. Bd.: Gedichte. Übersetzt und herausgegeben von Hans Reissiger. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) — In dieser vortrefflichen Ausgabe tritt uns der größte amerikanische Dichter, der herrliche, liebende Kamerad der Menschheit, zum erstenmal in breiter, geschlossener Fülle entgegen, als Verkörperung und Urbild eines künftigen kosmischen Menschen. Sinnliches und Übervernünftliches sind in ihm so freudig heller, leidenschaftlich gefundener Bewußtsein bereinigt. Die werdende Demokratie Deutschlands kann aus keinem Werke wie aus diesem süßen und starken, menschlich anfeuernde Kräfte ziehen. Der Widerstreit von Einzelsein und Gemeinschaft ist vielleicht nirgends so überzeugend gelöst. Dieses Werk, Leben und Tod im eigenen vollentfalteten Ich überwindend und verberlichend, ist nichts Geringeres als das gläubig visionäre Erlebnis einer schöneren Menschheit- und Völkerzukunft.

Dehmel, Briefe. (S. Fischer, Berl., Berlin.) — Dieser Band ist nicht allein eine der bedeutendsten Briefsammlungen der deutschen Literatur, sondern zugleich ein bedeutender Teil von Dehmels höchst wertvoller Lebensarbeit. Die Herausgeberin der Briefe, Frau Ida Dehmel, gibt aus dem Gesamtmaterial eine meisterhafte Auswahl: sie zeigt uns Dehmels ragende Persönlichkeit in der weiten Landschaft seines Lebens. Wir sehen seine Gestalt zu allseitigem Ausdruck gebracht, den Künstler, den Denker, den Entdecker und Förderer neu auftauchender Begabungen, den „corrector Germaniae“, den Organisator, den an allen Problemen unserer Zeit inbrünstig Teilnehmenden; wir erleben sein Herz, seine immer ehfährliche Liebe als Sohn, als Vater, als Mann; und darüber hinaus seine große, warme Mitmenschlichkeit. Wir empfangen in dieser Briefsammlung ein Quellwerk des gegenwärtigen geistlichen und geistigen Lebens und ein Werk der Lebensgestaltung von vorbildlicher Geltung.

Lisa Wenger: Die Altweiberkühe. 2. Bd. Frauenmärchen. (Verlag Grethlein & Co., Leipzig.) — Diese aus einem gültigen Frauenherzen entströmenden zehn Märchen, die uns die Schweizer Dichterin Lisa Wenger geschenkt hat, tragen nicht umsonst die Bezeichnung als Frauenmärchen. Die meisten bergen, unter einem Schleier von Humor und Schalkhaftigkeit versteckt, Probleme, die zu allen Zeiten die Frauen besonders angehen: die Furcht vor dem Alter, die Aufgabe der Persönlichkeit, die Ergeiz, die Eifersucht, die Mutterliebe, das böse Jungferlein u. andere. Immer aber sind es keine u. gute Gedanken, die in diese wohlgedachten Schöpfungen der beliebten Schweizer Erzählerin hineingewoben sind.

### Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit dem Ministerium der Finanzen wurde Ingenieurpraktikant Alfred Höler, zurzeit in Mühlhof am Inn, auf sein Ansuchen in der Liste der Ingenieurpraktikanten gestrichen.

Karlsruhe, den 12. Mai 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor:

Fuchs.

Fuchs.

### Badisches Landestheater.

Samstag, 20. Mai. 3<sup>1/2</sup> bis nachts 2 Uhr. Mk. 20.— bzw. Mk. 18.—, Mk. 30.—, Mk. 40.—.

Wohltätigkeitsfest des Landestheaters „Bühne und Welt“.

Im Landestheater. So. 21. Lohengrin. 5<sup>1/2</sup>. (55.00.) — Die 23.\* Abonn. E. B. Peer Gynt. 5<sup>1/2</sup>. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001—1400. — Mi. 24.\* Abonn. D. 4. König Richard II. 6<sup>1/2</sup>. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100. — Do. 25.\* Abonn. A. 4. Tannhäuser. 6. (55.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3200. — Fr. 26.\* VI. Vorstellung im Kammerpiel-Cyclus. Zum ersten Male. Das Postamt. Ein Bühnenspiel von Rabindranath Tagore. Neu einstudiert. Die Komödie der Irrungen. 7. (30.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—600. — Sa. 27. Der Ring des Nibelungen. Vorabend. Das Rheingold. 7. (55.00.) — So. 28. Der Ring des Nibelungen. I. Tag. Die Walküre. 5. (60.00.) — Mo. 29.\* Volkstümlicher Tanzabend. 7. (20.00.) — Die. 30. Volksbühne. J. 3. Martha. 7. (50.00.)

Sonder-Abonnement zum Nibelungen-Ring. I. Rang 210.00, Sperrsitze I 180.00, Sperrsitze II 160.00, Parterre-Loge 160.00, II. Rang 130.00, III. Rang 95.00, IV. Rang 65.00.

Im Konzerthaus. So. 21. Volksbühne. L. 8. Kater Lampe. 7. (21.00.) — Mo. 22. Volksbühne. L. 9. Kater Lampe. 7. — Do. 25. Volksbühne. M. 3. Der Kaufmann von Venedig. 7. — So. 28.\* Im weißen Rössl. 7. (21.00.)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 20., vormittags 1/10—1 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 22. an. Am Samstag, den 20. ist die Vorverkaufsstelle am Nachmittag geschlossen.

### Gerbrüdenverkauf.

Das Bad. Forstamt Triberg verläuft freihändig den Anfall an Nichtengerbrüden aus den Staatswaldungen, geschätzt zu 250 Hk. Auf den Zentner ab Waldweg lautende Angebote erbeten bis spätestens Samstag den 27. Mai d. Fr. an das Forstamt, das auf Wunsch nähere Auskunft erteilt.

Nr. 456. Ettlingen. Landwirt und Tagelöhner Menzelin Seibersfeld aus Reichardt wird wegen Trunksucht entmündigt und hat die Kosten zu tragen. Ettlingen, 11. Mai 1922. Amtsgericht II.

### Betriebsführung

Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, E. U. in Karlsruhe

Jährlich 12 Hefte. Man abonniert bei allen Postanstalten und beim Verlag. Bezugspreis halbjährlich M. 35.— und Porto.

Mehr wie je hängt heute der Erfolg des deutschen Gewerbes von einer sorgfältigen Durcharbeitung des Arbeitsprozesses ab. Rationelle Betriebsführung, die der Industrie zu ihren beispiellosen Erfolgen verholfen hat, muß auch auf das Handwerk angewendet werden, wenn dieses sich behaupten will. Diese Aufgabe soll durch diese Zeitschrift gelöst werden, die für jeden Handwerker, für jeden selbständigen Gewerbetreibenden und für die Erzieher unseres handwerklichen Nachwuchses als Anregung und Ratgeber zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Betriebes verfolgt werden muß.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14

### Karlsruhe.

Nr. 438.2.1. Kaufmann Robert Winter Ehefrau Anna geb. Richter aus Forstheim, St. Georgenstr. 4b, Krozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dres. Netter & Weier in Forstheim, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher in Forstheim, s. Zt. auf unbekanntem Ort unter der Behauptung, daß der Beklagte die durch die Ehe begründeten Pflichten dadurch schwer verletzt habe, daß er sich dem Trunk ergeben habe, nichts arbeite, die Klägerin roh und listlos behandeln und mißhandelt und sich seit dem 6. November 1919 gegen den Willen der Klägerin von ihr fernhalte, mit dem Antrage auf

Scheidung der am 11. Juni 1917 in Forstheim geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten; der Beklagte habe die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Freitag, den 22. September 1922, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt oder Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 16. Mai 1922.

Der Gerichtsschreiber des Badischen Landgerichts

### BADISCHE



### LICHTSPIELE

Dienstag, 23., Mittwoch, 24. Mai, abends 1/8 Uhr

Donnerstag (Himmelf.), 25. Mai, vormittags 1/11 Uhr

Anfang pünktlichst. — Mit Rücksicht auf den einleitenden Vortrag werden die Türen mit Beginn desselben geschlossen. — Vorzugs-, Frei- und gewöhnliche Karten außer Gültigkeit. — Nur numm. Plätze.

Frei: I. Pl. 25, II. Pl. 20, III. Pl. 15, IV. Pl. 10 M. einschl. Steuer. Vorverkauf nur Musikalienhandlung Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr.

### Konzerthaus

Sondervorführung

### Einstein

Grundlagen der Relativitäts-Theorie

mit Vortrag des Herrn Dr. Kalbus, Dozent an der Humboldthochschule Berlin.

Dienstag, 23., Mittwoch, 24. Mai, abends 1/8 Uhr

Donnerstag (Himmelf.), 25. Mai, vormittags 1/11 Uhr

Anfang pünktlichst. — Mit Rücksicht auf den einleitenden Vortrag werden die Türen mit Beginn desselben geschlossen. — Vorzugs-, Frei- und gewöhnliche Karten außer Gültigkeit. — Nur numm. Plätze.

Frei: I. Pl. 25, II. Pl. 20, III. Pl. 15, IV. Pl. 10 M. einschl. Steuer. Vorverkauf nur Musikalienhandlung Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr.

Nr. 457. Freiburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Ludwig Emil Bogt in Triberg wurde, da der im Termin vom 2. Mai 1922 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist, aufgehoben.

Triberg, 17. Mai 1922. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

### Aufgebot.

Nr. 439.2.1. Sindheim. Der Lumpenhändler Engelbert Meuges in Dürren hat als Miterbe beantragt, die verschollene Karoline Rehnert, geschiedene Ehefrau des Versicherungsdiener Adam Rehnert in Karlsruhe, zuletzt wohnhaft in Mohrbach bei Sindheim, von dort zur Auswanderung nach Amerika abgereist 1893, für tot zu erklären.

Sindheim, 15. Mai 1922. Badisches Amtsgericht.

Die bezeichneter Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:

Wittwoch, 6. Dezember 1922, nachmittags 3 Uhr, vor dem Badischen Amtsgericht Sindheim abzurufen und seine Rechte geltend zu machen, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Sindheim, 15. Mai 1922. Badisches Amtsgericht.

### Murgbahn Klosterreichenbach-Raumünzach.

Strassenbrücke über die Murg beim Kaltenbach

nebst Anschlusskrampen.

Zur Vergebung kommen 3000 cbm Erd- und Felsbewegung, 900 cbm Baugrubenausbau, 1428 cbm Betonierarbeiten, 500 qm Straßenbefestigung.

Pläne, Bedingungen u. Angebotsvorbrude liegen beim Baubüro Forstach (Baden) auf, letztere werden daselbe um 10 Mk. abgegeben, kein Versand nach auswärts. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis 1. Juni, nachm. 3 Uhr, an die Eisenbahnbauktion Klosterreichenbach einzufenden, wozu bis zu diesem Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote erfolgt. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Klosterreichenbach, 19. Mai 1922. Eisenbahnbauktion.